



Brandenburg an der Havel, 24.06.2026

Resolution der Stadtverordnetenversammlung zur Sicherung der stationären medizinischen Versorgung und zur Zukunft des Universitätsklinikums Brandenburg an der Havel

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel bekennt sich ausdrücklich zu einer leistungsfähigen, wohnortnahen und qualitativ hochwertigen stationären medizinischen Versorgung der Bevölkerung in unserer Stadt und der gesamten Region Westbrandenburg.

Mit großer Sorge betrachten wir die derzeit auf Bundesebene geplanten Veränderungen im Gesundheitswesen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Beitragsstabilisierungsgesetz, der Krankenhausreform sowie den vorgesehenen Anpassungen des Transformationsfonds. Die gegenwärtigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen drohen erhebliche wirtschaftliche Belastungen für Krankenhäuser auszulösen und gefährden insbesondere Einrichtungen der Maximal- und Schwerpunktversorgung.

Hiervon ist auch das Universitätsklinikum Brandenburg an der Havel in besonderem Maße betroffen. Als medizinischer Schwerpunktversorger, akademischer Ausbildungsstandort und zentrale Säule der gesundheitlichen Daseinsvorsorge übernimmt das Universitätsklinikum weit über die Stadtgrenzen hinaus Verantwortung für die Versorgung der Menschen in der gesamten Region.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Das Universitätsklinikum Brandenburg an der Havel muss dauerhaft als leistungsfähiger Schwerpunktversorger erhalten bleiben.
2. Das Klinikum soll auch künftig in kommunaler Hand verbleiben.
3. Die hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung unserer Stadt sowie der umliegenden Region darf durch Fehlanreize oder Finanzierungslücken infolge bundespolitischer Reformen nicht gefährdet werden.
4. Die wirtschaftliche Stabilität des Universitätsklinikums ist eine grundlegende Voraussetzung für die Sicherung von Notfallversorgung, Fachmedizin, Ausbildung, Forschung und Pflege.



Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher die Bundesregierung, die Landesregierung Brandenburg sowie die verantwortlichen Akteure im Gesundheitswesen auf,

- die Auswirkungen der geplanten Reformen auf kommunale Schwerpunkt- und Universitätskliniken umfassend zu berücksichtigen,
- bestehende Finanzierungslücken zu schließen,
- den Transformationsfonds so auszugestalten, dass daraus keine zusätzlichen Belastungen für die Krankenhausstandorte entstehen,
- sowie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, in Mittel- und Oberzentren dauerhaft abzusichern.

Die Stadt Brandenburg an der Havel wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Interessen des Universitätsklinikums und der Menschen unserer Region bei allen weiteren Beratungen und Entscheidungen berücksichtigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt ausdrücklich: Allem, was die medizinische Versorgung der Bevölkerung in unserer Stadt schwächt oder die wirtschaftliche Situation unseres Universitätsklinikums gefährdet, werden wir entschieden entgegentreten.

Die Sicherung einer starken kommunalen Gesundheitsversorgung ist und bleibt ein zentrales Anliegen der Stadt Brandenburg an der Havel.



Stadt Brandenburg an der Havel
DER OBERBÜRGERMEISTER
DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Der Oberbürgermeister, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung sowie die Fraktionsvorsitzenden stimmen der Resolution zur Sicherung der stationären medizinischen Versorgung und zur Zukunft des Universitätsklinikums Brandenburg an der Havel zu:

Daniel Keip
Oberbürgermeister

Walter Paaschen
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Dr. Dietlind Tiemann
Fraktionsvorsitz
CDU

Axel Brösicke
Fraktionsvorsitz
Alternative für Deutschland

Dr. Dirk Steiner
Fraktionsvorsitz
SPD

Dirk Stieger
Fraktionsvorsitz
Freie Wähler

Theresa Pauli und Klaus Hoffmann
Fraktionsvorsitz
Bündnis 90/ Die Grünen

René Kretschmar
Fraktionsvorsitz
DIE LINKE

Heidi Hauffe und Andreas Kutsche
Fraktionsvorsitz
Bündnis Sahra Wagenknecht